

KOMPAKT

School of London

AUSSTELLUNG Die Galerie Jahn und Jahn, Baaderstraße 56 B, zeigt bis 29. Februar Zeichnungen von Frank Auerbach, Lucian Freud und Paula Rego. Sie gehören zur sogenannten School of London, einer Künstlergruppe, die in den 50er-Jahren in London lebte und sich – trotz der aufkommenden Abstraktion – der Erneuerung der figurativen Malerei verschrieben hatte. Lucian Freud (1922–2011), ein Enkel Sigmund Freuds, war 1933 mit seinen Eltern nach England emigriert. Frank Auerbach, 1931 in Berlin geboren, kam 1939 mit einem Kindertransport ebenfalls nach England, wo er bis heute lebt und arbeitet. Radierungen von Auerbach und Freud, darunter Porträts von Freunden, Familien und Kollegen, sind dienstags bis freitags von 10 bis 18 Uhr sowie samstags von 11 bis 14 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. *ikg*

Erinnerung

REICHENBACHSTRASSE Zum 50. Jahrestag erinnert ein szenischer »Erinnerungs-Container« vor dem Staatstheater am Gärtnerplatz an den bis heute unaufgeklärten Brandanschlag vom 13. Februar 1970 auf das jüdische Gemeindehaus in der Reichenbachstraße 27. Damals war dort nicht nur die Gemeindeverwaltung, sondern auch ein jüdisches Altersheim untergebracht. Es war Schabbat, die meisten Bewohnerinnen und Bewohner waren deshalb zu Hause. Sieben Menschen starben auf grauenvolle Weise. Lebensgroß gezogene Fotos der Branddirektion geben den Zustand des Treppenhauses sowie einzelner Räume nach dem Anschlag wieder. Leerstellen weisen auf die sieben Ermordeten hin. Die Installation gibt bis 1. März Auskunft über die genauen Abläufe des Geschehens und hält das Andenken an die Opfer wach. *ikg*



Christian Springer am »Erinnerungs-Container«

Purim

HAMANTASCHEN Das Restaurant »Einstein« im Jüdischen Gemeindezentrum am Jakobsplatz bietet große und kleine Hamantaschen an. Als Füllung kann man alternativ Mohn, Aprikosen, Zwetschgen, Walnuss oder Schokolade wählen. Bestellungen für das traditionelle Purimgebäck werden nur schriftlich angenommen, und zwar bis spätestens 28. Februar, 15 Uhr, unter restaurant@ikg-m.de. *ikg*

Wenn Hass tötet

ALTES RATHAUS Bei einem Gedenkakt zum Anschlag auf das jüdische Altenheim 1970 betont Charlotte Knobloch die Notwendigkeit tatkräftigen Handelns



»Alle Anschläge zeigen die Kontinuität, Wandlungsfähigkeit und fortwährende Gefahr des Antisemitismus«: Oberbürgermeister Dieter Reiter

Fotos: Marina Maisel

VON HELMUT REISTER

Mit dem Blick zurück auf den 13. Februar 1970, der in München und darüber hinaus das jüdische Leben veränderte, ist es genau 50 Jahre später nicht getan. Die Mechanismen, die dem bis heute unbekanntem Mörder damals die Hand führten, funktionieren wie eh und je. Beim Gedenkakt im Alten Rathaus zum 50. Jahrestag des Anschlags waren sich darin alle Redner einig. Die beeindruckende Veranstaltung, der eine Überlebende des Attentats sowie an den Löscharbeiten beteiligte Feuerwehrmänner eine hoch emotionale Note verliehen, hatte der Münchner Kabarettist und Autor Christian Springer organisiert. Ihm ist das 50 Jahre zurückliegende Verbrechen mit dem antisemitischen Hintergrund ein Dorn im Auge, vor allem auch deshalb, weil es bis heute nicht aufgeklärt ist.

Viele Jahre lang war der mörderische Anschlag, zu dessen Opfern zwei Schoa-Überlebende zählten, größtenteils aus dem kollektiven Gedächtnis der Stadt verschwunden, wie es Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) formulierte. Er wundert sich darüber auch deshalb, weil sich der Brandanschlag in der Reichenbachstraße in eine ganze Reihe von antisemitischen Anschlägen eingefügt habe: vom Attentat auf die Passagiere einer EL-AL-Maschine am Flughafen München-Riem 1970 über die Ermordung von elf israelischen Sportlern während der Olympischen Spiele 1972 bis hin zu den Anschlagplanungen von Münchner Neonazis auf die Grundsteinlegung des Jüdischen Gemeindezentrums am Jakobsplatz im Jahr 2003.

KONTINUITÄT Auf das »Gesicht« des Antisemitismus, das Esther Schapira, Abteilungsleiterin für Politik und Zeitgeschichte beim Hessischen Rundfunk, in ihrer Gedenkrede demaskierte, ging auch

Oberbürgermeister Reiter ein. »Alle diese Anschläge, ebenso wie der von Halle im vergangenen Jahr«, sagte er, »zeigen die Kontinuität, Wandlungsfähigkeit und fortwährende Gefahr des Antisemitismus auf erschreckende Weise.«

Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, ging in ihrer Rede auf die Notwendigkeit einer ausgeprägten Erinnerungskultur ein. »Wir erinnern«, analysierte sie, »damit wir wissen, welche Fehler sich nicht wiederholen dürfen.« Angesichts des unverkennbar zunehmenden Judenhasses brauche es nach Überzeugung der IKG-Präsidentin nicht nur die richtigen Worte, vor allem brauche es Handeln – nicht irgendwann, nicht bald, sondern jetzt: »Die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit ist und bleibt notwendig. Sie ist aber kein Selbstzweck. Gemeinsames Gedenken muss zu tatkräftigem Handeln werden, sonst bleibt es ohne Bedeutung.«

RÜCKBLICK Auch Bayerns Kultusminister Michael Piazzolo kam an der Erkenntnis von wiedererstarkendem Antisemitismus und Extremismus nicht vorbei. Im Rück-

blick auf das Attentat in der Reichenbachstraße erklärte er als Vertreter von Ministerpräsident Markus Söder: »Unsere Lehre aus dem Attentat ist: Wir müssen jüdische Menschen in Deutschland schützen. Wir müssen alles dafür tun, dass sie hier frei und sicher leben können.«

Kultusminister Piazzolo sicherte Unterstützung bei der Sanierung der historischen Synagoge zu.

Piazzolo wies in der Gedenkstunde auch auf die Bedeutung des Bildungssystems bei der Vermittlung von Werten an künftige Generationen hin. »Unsere Schulen«, erklärte er, »tragen hier eine besondere Verantwortung. Sie vermitteln Wissen über demokratische Prozesse und regen unsere jungen Menschen zu gesellschaftlichem Engagement an.« Aus diesen Gründen werde die politische Bildung sowie die Demokratie- und Werteerziehung an den bayerischen Schulen weiter gestärkt.

Für die jüdische Gemeinde in München hatte Minister Piazzolo ein besonderes Geschenk ins Alte Rathaus mitgebracht, wo einst Nazi-Propagandaminister Joseph Goebbels mit einer Hetzrede die Pogromnacht ausgelöst hatte. Piazzolo sicherte die Unterstützung der Staatsregierung bei der Erhaltung und Sanierung der historischen Synagoge in der Reichenbachstraße zu.

ZUKUNFT Charlotte Knobloch konnte am Ende der Gedenkveranstaltung ein positives Fazit ziehen. Trotz aller Angriffe habe das jüdische Leben in München heute einen festen Platz, stellte sie fest und brachte »als Optimistin« die Hoffnung zum Ausdruck, dass das Vertrauen der jüdischen Menschen in ihre Zukunft in diesem Land wieder gefestigt werden könne.

»Der heutige Abend«, erklärte Knobloch, »bestärkt mich darin, dass das möglich ist.« Oberbürgermeister Dieter Reiter zeigte sich zumindest insofern zuversichtlich, dass die Gedenkveranstaltung dazu beigetragen habe, die Sensibilität für gegenwärtige Erscheinungsformen von Antisemitismus und das Bewusstsein für deren Bedrohungspotenzial zu schärfen.



Christian Springer, Charlotte Knobloch, Michael Piazzolo und Dieter Reiter (v.l.); die Ärztin Sara Elasari (r.) konnte den Flammen entkommen



Später, aber notwendiger Schritt

ERINNERUNG Der Freistaat Bayern investiert 200 Millionen Euro in Sanierung und Ausbau von NS-Gedenkstätten

200 Millionen Euro nimmt der Freistaat Bayern für die Sanierung und den Ausbau der NS-Gedenkstätten in den nächsten zehn Jahren in die Hand. Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, sprach mit Blick auf die bevorstehende Zeit ohne Zeitzeugen von einem späten, aber notwendigen Schritt.

Das Zukunftsprojekt der Staatsregierung umfasst nicht nur die Opferorte wie die KZ-Gedenkstätten Dachau oder Flossenbürg, sondern auch sogenannte Täterorte wie das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Wie Kultusminister Michael Piazzolo bei der Vorstellung des Projektes erklärte, hofft Bayern darauf, dass ein Teil der Kosten vom Bund übernommen wird.

Zugleich wies der Minister darauf hin, dass Hand in Hand mit den baulichen Maßnahmen auch passende pädagogische Konzepte entwickelt werden müssten.

Bayern wolle deshalb im Jugendbereich enger mit Israel, Tschechien, Frankreich und Österreich zusammenarbeiten. Ziel dabei sei es, das Vergessen zu verhindern. Auch die nachfolgenden Generationen müssten ihre Lehren aus dem beispiellosen Zivilisationsbruch ziehen.

Einen Schwerpunkt richtet das Projekt auf die KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg, für die allein 110 Millionen Euro vorgesehen sind. In Dachau sollen die Ausstellungen neu formatiert werden, eine bauliche Sanierung des Geländes erfolgen und auch bisher nicht berücksichtigte Areale mit einbezogen werden. In Flossenbürg ist unter anderem ein Zentrum mit Übernachtungsmöglichkeiten geplant. In den ehemaligen KZ-Außenlagern Mühldorf und Landsberg/Kaufering ist vorgesehen, die bestehenden Einrichtungen weiter zu erschließen.

Das Konzept der Staatsregierung schlägt sich auch an der Universität Regensburg



IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch in der KZ-Gedenkstätte Dachau

nieder. Dort soll ein neues Institut für vergleichende und angewandte Erinnerungskultur eingerichtet werden. Das Institut soll sich mit der empirischen Erforschung von Erinnerungsarbeit befassen, hieß es aus dem Ministerium.

In Nürnberg sieht das Projekt eine Erneuerung des NS-Dokumentationszentrums sowie Erhaltungsmaßnahmen an der Zeppelintribüne und auf dem Zeppelinfeld, dem Ort der »Reichsparteitage«, vor. Eine Überarbeitung ist auch für die Dauerausstellung im Memorium Nürnberger Prozesse vorgesehen. Der historische Saal 600, in dem die Nürnberger NS-Prozesse stattfanden, soll nicht mehr für Sitzungen verwendet werden, sondern vollständig in der Ausstellung aufgehen.

Karl Freller, der Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, bezeichnete das Konzept der Staatsregierung als »epochalen Durchbruch« bei der Erinnerungsarbeit. *hr*

Foto: Marina Maisel